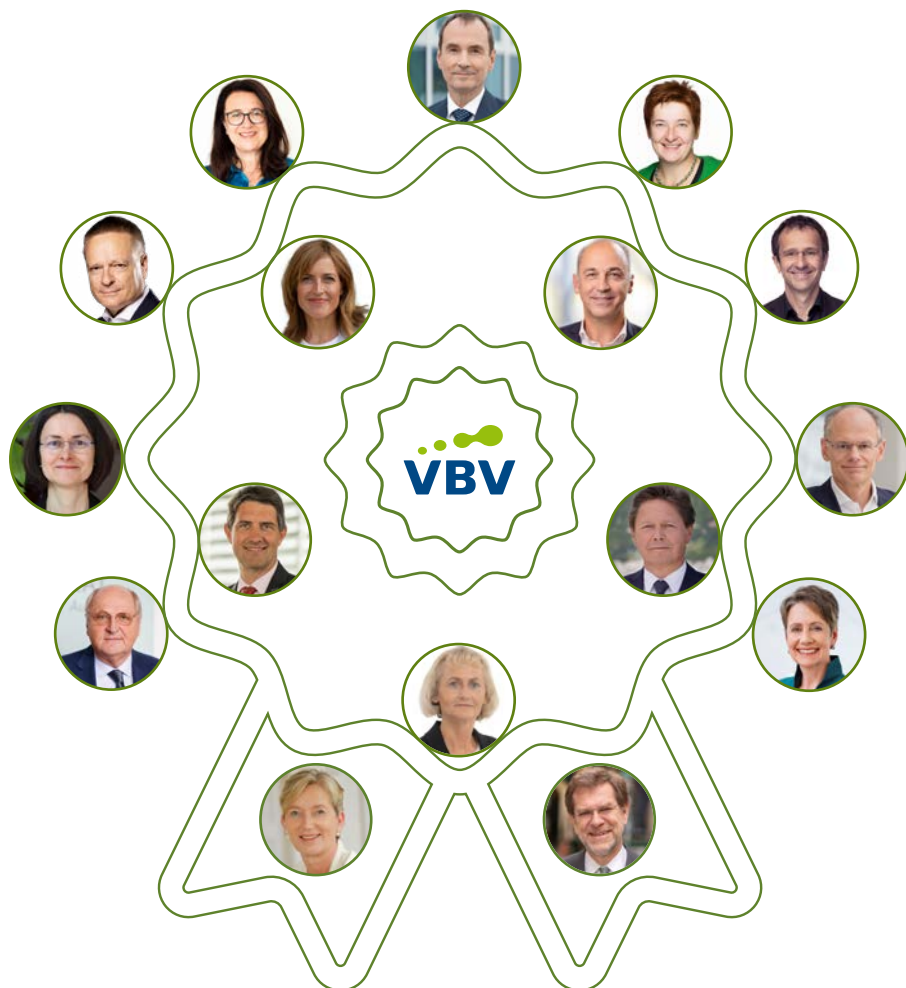


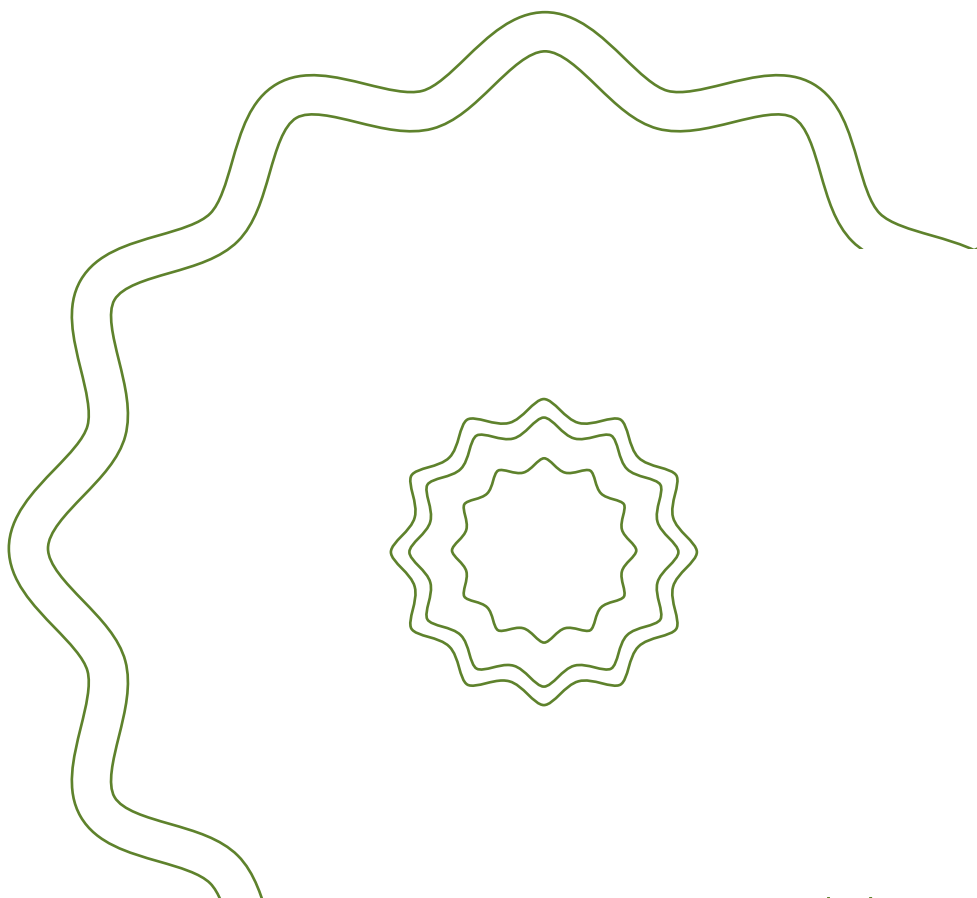
Nachhaltigkeit als Wettbewerbsfaktor





*„Wir tragen als
Vordenker und
Unternehmen mit
Verantwortung
maßgeblich zu
Klimaschutz und
Lebensqualität
in Österreich bei.“*

CSR-Vision der VBV-Gruppe



Inhalt



Editorial der Herausgeber:innen

Andreas Zakostelsky VBV-Gruppe

9

Gabriele Faber-Wiener, Center for Responsible Management

13

Gespräche

Profit statt Bürde?

20

Global nachhaltig am Ende

34

Wie nachhaltig ist Österreich?

48

Impressum

63

Nachhaltigkeit als Wettbewerbsfaktor – Anspruch und Realität



Andreas Zakostelsky

Generaldirektor VBV-Gruppe,
Vorstandsvorsitzender
VBV-Vorsorgekasse

Mit „VBV im Diskurs“ verfolgen wir seit Mai 2020 ein klares Ziel: Nachhaltigkeit nicht nur zu bekennen, sondern vorzudenken. Als Nachhaltigkeits-Pionier und Leitbetrieb schaffen wir gemeinsam mit Prof. (FH) Gabriele Faber-Wiener und hochkarätigen Gästen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft einen Raum für qualitätsvollen, offenen Austausch zu den drängendsten Fragen unserer Zeit.

Was als digitale Initiative in Zeiten der Pandemie begann, hat sich längst zu einem der führenden österreichischen Nachhaltigkeits-Formate entwickelt. Wir haben mittlerweile 27 Ausgaben von „VBV im Diskurs“ mit 135 namhaften Sprecher:innen und tausenden Zuseher:innen veranstaltet und der Zuspruch und Bedarf an differenzierter Auseinandersetzung ist weiterhin groß – er wächst sogar weiter .

Dieses Buch fasst die drei Diskurs-Veranstaltungen des vergangenen Jahres zusammen. Sie standen unter dem gemeinsamen Dachthema „Nachhaltigkeit als Wettbewerbsfaktor“. Zum Auftakt diskutierten wir unter dem Titel „Profit statt Bürde?“ die ökonomische Dimension von Nachhaltigkeit. Wirtschaftlicher Erfolg und verantwortungsvolles Handeln sind kein Widerspruch – im Gegenteil: Nachhaltigkeit ist längst zu einem strategischen Wettbewerbsfaktor geworden. Wer ökologische und soziale Aspekte konsequent in seine Geschäftsmodelle integriert, stärkt Innovationskraft, Resilienz und langfristige Wertschöpfung. Die Diskussion zeigte deutlich: Es geht nicht darum, Nachhaltigkeit mühsam in bestehende Strukturen einzupassen, sondern Geschäftsdenken und Nachhaltigkeitsdenken intelligent zu verbinden.

Global nachhaltig am Ende?

Im Mai richteten wir den Blick auf die globalen Rahmenbedingungen. Angesichts geopolitischer Spannungen, Lieferketten-Problemen und

wachsender Protektionismus-Tendenzen stellten wir die Frage: Stehen wir vor einer De-Globalisierung – und was bedeutet das für Nachhaltigkeit? Regionale Wertschöpfung, Nearshoring oder Friendshoring können ökologische Vorteile bringen, werfen aber neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen auf. Die Diskussion machte deutlich: Nachhaltigkeit braucht internationale Kooperation ebenso wie regionale Verantwortung. Ein Rückzug ins Nationale allein wird die komplexen Herausforderungen nicht lösen.

Wie nachhaltig ist Österreich?

Den Abschluss bildete im November eine kritische Standortbestimmung. Österreich gilt in vielen Bereichen – von erneuerbarer Energie bis Kreislaufwirtschaft – als Vorreiter. Doch genügt das? Oder ruhen wir uns auf Erfolgen der Vergangenheit aus? Die Debatte zeigte: Nachhaltigkeit ist kein statischer Zustand, sondern ein permanenter Transformationsprozess. Mutigere politische Weichenstellungen, konsequentere Umsetzung und eine ehrliche Leistungsbilanz sind notwendig, um den Anspruch eines nachhaltigen Wirtschaftsstandorts auch künftig zu erfüllen.

Diskurs als Verantwortung

„VBV im Diskurs“ ist für uns mehr als eine Veranstaltungsreihe. Es ist Ausdruck unserer unternehmerischen Haltung. Die *VBV-Gruppe* setzt seit über zwei Jahrzehnten Impulse für nachhaltige Finanz- und Vorsorgelösungen und verbindet wirtschaftliche Stabilität mit ökologischer und sozialer Verantwortung.

Gerade in Zeiten, in denen Debatten häufig verkürzt, polarisiert oder von kurzfristigen Interessen geprägt sind, braucht es Räume für fundierte Argumente, unterschiedliche Perspektiven und respektvollen Austausch. Diesen Raum wollen wir weiterhin bieten.

Ich danke allen Diskurspartner:innen, unserer Moderatorin Gabriele Faber-Wiener sowie den zahlreichen Teilnehmer:innen, die mit ihren Fragen und Beiträgen jede Veranstaltung bereichern.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich mit diesem Buch anregende Einblicke, neue Perspektiven und Impulse für Ihr eigenes unternehmerisches und gesellschaftliches Handeln.

Herzlichst,
Ihr

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of a vertical stroke on the left that curves into a horizontal line with a small loop at the end.

Andreas Zakostelsky
Generaldirektor VBV-Gruppe, CEO VBV-Vorsorgekasse

PS: Wie immer freue ich mich auch dieses Mal über Ihr Feedback an a.zakostelsky@vbv.at

„Wie bekommt man die Schere aus dem Kopf?“



Hon. Prof. (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA

Center for Responsible Management

Das ist die Kernfrage, die mich während der drei Diskussionen im Rahmen von „VBV im Diskurs“ im Jahr 2025 am intensivsten beschäftigt hat.

Das Kernthema war klar: Es ging um die (scheinbaren) Polaritäten von Profit und Nachhaltigkeit. Unsere These ganz zu Beginn war ebenso klar: Gewinn und Nachhaltigkeit müssen und

„Gewinn und Nachhaltigkeit müssen und sollen kein Widerspruch sein.“

sollen kein Widerspruch sein. Die Realität: Auch wenn viele Teilnehmer:innen in den Diskussionen diese Polarität aufzulösen versuchten – so ganz ist es doch nicht gelungen. Immer wieder kam dieser Widerspruch zum Vorschein.

Warum ist das so? Ich glaube, es hat verschiedene Gründe:

Erstens wollen wir uns diese Welt, die immer komplexer und schwerer durchschaubar wird, einfacher machen. Wir sehnen uns nach klaren und möglichst simplen Antworten. Diese finden wir entweder in der Vergangenheit – daher kommt auch der Wunsch nach „alten“ Lösungen, die sich einmal bewährt hatten. Ein Beispiel dafür ist das Zurück zum Verbrennermotor als ein Fortbewegungsmittel, das über Generationen funktioniert hat. Diese Reaktion ist völlig verständlich, denn sie nimmt die Angst vor den notwendigen Umbrüchen. Gleichzeitig bieten Lösungen von gestern bestenfalls Scheinsicherheit. Sie behindern die notwendigen Innovationen für morgen, die wir gerade in Umbruchszeiten brauchen.

Ein zweiter Zugang auf der Suche nach einfachen Antworten ist das Sehnen nach klaren Vorgaben und Regeln, sei es auf persönlicher oder – an dieser Stelle besonders notwendig – auf unternehmerischer Ebene. Diese klaren Vorgaben waren bis Anfang 2025 seitens der EU gegeben, was den Weg zur Nachhaltigkeit betrifft. Gleichzeitig waren manche dieser – sehr rasch ins Leben gerufenen – Regeln teilweise schlecht gemacht und in manchen Aspekten überbordend. Vor allem aber wurde nicht ausreichend kommuniziert und begründet. Dieses Manko wurde vor allem von

Lobbyisten und Interessensvertretungen benutzt, um die oben erwähnten „Retro“-Lösungen zu propagieren – oder um generell gegen Regeln zu kampagnisieren, oft unter dem Framing des „Bürokratie-Abbaus“.

Diese De-Regulierung hat bei so manchen Unternehmen zu Erleichterung geführt. Diese ist aber nur von kurzer Dauer. In Wirklichkeit erleben wir Rückschritte auf vielen Ebenen: Erstens nehmen sich manche Unternehmen seither eine Auszeit vom lästigen Thema Nachhaltigkeit, das ihnen vielerseits als Bürde verkauft wurde. Dies ist im Abbau von Nachhaltigkeits-Abteilungen zu erkennen, in der Reduktion der einschlägigen Budgets, aber auch in der Relevanz des Themas innerhalb von Führungsgremien. Hatten Nachhaltigkeits-Manager:innen früher direkten Zugang zum Vorstand, so wurde das im letzten Jahr mehr und mehr zurückgestuft.

Wozu führt das? Erstens frustriert diese Rückstufung die zuvor oft sehr engagierten Mitarbeiter:innen. Nachhaltigkeitsthemen sind Zukunftsthemen – und sie sind Motivationsbringer in Unternehmen. Wird hier eingespart, dann wirkt sich das direkt im Mitarbeiter-Engagement aus – und auch auf dem Arbeitsmarkt. Waren es vor der EU-Omnibusverordnung noch hunderte Studierende, die sich in den einschlägigen Studiengängen eingeschrieben haben, so sind es heute nur mehr wenige, die die beruflichen Möglichkeiten in diesem Bereich als Chance erkennen.

Vor allem aber hat dieser Rückgang die Planungsfähigkeit der Unternehmen massiv eingeschränkt, es herrscht Unsicherheit – und Unsicherheit, gepaart mit einer wirtschaftlich schwierigen Situation, ist die schlechteste Basis für zukunftsfähiges Wirtschaften.

Gleichzeitig gibt es eine Reihe von Unternehmen – und die VBV ist eines davon –, die dranbleiben, die sich nicht unterkriegen lassen, die das Potenzial des Themas erkennen. Sie schaffen das, worauf es jetzt ankommt: Profit und Nachhaltigkeit zusammen zu denken und nicht dem alten Motto: „Zuerst kommt das Fressen und dann die Moral“ zu unterliegen.

Nachhaltigkeit ist keine Abteilung, sondern eine Grundhaltung. Darum ist es heute notwendig, die Abteilungsgrenzen zu sprengen, Strategie und Nachhaltigkeit zusammenzulegen und beides gemeinsam zu planen. Nachhaltigkeit ist die Vision darüber, Strategie ist der Weg, diese Vision zu erreichen – und das immer in Verbindung mit dem Produkt, dem Kerngeschäft.

Damit schließt sich der Kreis – und die Schere im Kopf ist weg.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen, dass Sie sich gerade jetzt, wo die Zeiten härter werden, den Freiraum erhalten, diese Dinge zusammen zu denken. Ich leiste weiter meinen Beitrag dazu, so gut ich kann.

Beste Grüße,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Faber-Wiener'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'G'.

Gabriele Faber-Wiener
Leiterin Center for Responsible Management
Geschäftsführerin ZEITEN.WENDER GmbH

g.faber-wiener@responsible-management.at

NACHHALTIGKEIT ALS WETTBEWERBSFAKTOR

Profit statt Bürde?



VBV im Diskurs – 8. April 2025

- Wie erleben Sie die aktuelle Situation?
Welche Probleme verorten Sie?
Welche Entwicklungen?
- Ist es Zeit für ein radikales Umdenken, was Nachhaltigkeit und Unternehmenserfolg betrifft?
- Was passiert, wenn wir Nachhaltigkeit rein profitorientiert sehen?
- Wie kann eine erfolgreiche nachhaltige Wirtschaft in Zeiten der Wirtschaftskrise aussehen?

ZU GAST:



DI Wolfgang Anzengruber

Aufsichtsratsvorsitzender der oekostrom AG, ehemaliger
Vorstandsvorsitzender der Verbund AG

Wolfgang Anzengruber ist Vorstand von CEOs FOR FUTURE und respACT Austria. Weiters ist er u.a. im Aufsichtsrat der Siemens AG Österreich, der ASFINAG und im Nachhaltigkeitsbeirat der BIG. Von 2009 bis 2020 war er Vorstandsvorsitzender der VERBUND AG.



DI Ralf Mittermayr

Vorstandsvorsitzender der Saubermacher Dienstleistungs AG

Ralf Mittermayr ist CEO von Saubermacher und verfolgt konsequent ein Ziel: Zero Waste. Gemeinsam mit rund 3.800 Mitarbeitenden im In- und Ausland arbeitet er an neuen Geschäftsmodellen und Smart-Waste-Innovationen, die Abfall in wertvolle Ressourcen verwandeln – für Produkte, Energie und eine Zukunft im Kreislauf gedacht.



DI Walter Oblin

Generaldirektor der Österreichischen Post AG

Walter Oblin trat im Oktober 2009 als Leiter des Bereichs Strategie und Konzernentwicklung in die Österreichische Post AG ein. Im Juli 2012 wurde er zum Finanzvorstand und im Jänner 2019 zum Generaldirektor-Stellvertreter ernannt und übernahm zusätzlich die Verantwortung für die Division Brief & Werbepost. Mit 1. Oktober 2024 wurde Walter Oblin vom Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG zum Vorstandsvorsitzenden und Generaldirektor bestellt.



Univ. Prof. Dr. Sigrid Stagl

Wirtschaftsuniversität Wien, Wissenschaftlerin des Jahres 2024

Sigrid Stagl, Leiterin und Gründerin des Institutes for Ecological Economics der Wirtschaftsuniversität Wien und Mitglied im Senat der Christian Doppler Forschungsgesellschaft, wurde vom Klub der Bildungs- und Wissenschaftsjournalist:innen zur Wissenschaftlerin des Jahres 2024 ernannt.



DI Richard Stralz

CEO Mayr-Melnhof Holz Holding AG

Der studierte Montanist (Montanmaschinenwesen) wirkte von 1987 bis 2012 in mehreren Leitungsfunktionen in der Semperit AG Holding, ab 2004 als Vorstand Sales & Marketing. Seit 2013 ist er Vorstandsvorsitzender der Mayr-Melnhof Holz Holding AG mit über 1650 Mitarbeitenden und engagierter Lobbyist für die Holzindustrie Österreichs.



Mag.ª Michaela Attermeyer, CPM

Mitglied des Vorstandes VBV-Vorsorgekasse AG

Seit Oktober 2018 ist Mag. Michaela Attermeyer, CPM, Vorstandsmitglied der VBV-Vorsorgekasse AG und verantwortet den Bereich Veranlagung. Zuvor war sie zwölf Jahre Bereichsleiterin Veranlagung bei der VBV-Pensionskasse AG, der größten österreichischen Pensionskasse in Wien. Sie begann ihre Karriere 1992 in der Pensionsfondsindustrie und arbeitet seit 1998 im Bereich Kapitalanlage. Frau Attermeyer ist im Beratungsausschuss mehrerer Private Markets Fonds und hat einen Magisterabschluss (Handelwissenschaften) der Wirtschaftsuniversität Wien.

Profit statt Bürde?

Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Erfolg: Widerspruch oder Perfect Match?

Werden die Zeiten rauer, stellt sich unweigerlich die Frage, ob für Unternehmen Nachhaltigkeit zum Luxusgut wird. Namhafte Expertinnen und Experten haben bei „VBV im Diskurs“ darüber gesprochen, ob ESG eine wirtschaftliche Bürde oder einen unternehmerischen Imperativ darstellt. Wollen wir in schwierigen Zeiten Kurs halten oder doch lieber ESG-Ballast über Bord werfen, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden?

Die Abstände, in denen uns umwälzende Disruptionen treffen, werden immer kürzer. Pandemie, Krieg, zusammenbrechende Lieferketten und hohe Inflation haben innerhalb von wenigen Jahren Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. „Dabei hat man das Gefühl, wir hangeln uns von Krise zu Krise“, hält Michaela Attermeyer, Vorständin der VBV-Gruppe, in ihrer Begrüßung zum 25. Gespräch im Rahmen der Reihe "VBV im Diskurs" fest. In diesem Kontext entsteht der Eindruck, dass die nachhaltige Transformation der Wirtschaft an Bedeutung verliert. Waren ESG und „Green Deal“ zum Amtsantritt von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen noch das bestimmende Thema, rückt zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit nun die Stärkung von Wirtschaft und Industrie in den Vordergrund.

Walter Oblin, Generaldirektor Österreichische Post AG, stellt durchaus einen Bedeutungsverlust des Themas Nachhaltigkeit in Unternehmen und bei Investoren fest: „Österreich befindet sich in der längsten Rezession der Nachkriegszeit“, so Oblin. Er berichtet, dass in einer kurz zuvor stattgefundenen Investorenkonferenz niemand über ESG gesprochen hat, „weil die aktuellen wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen im Vordergrund stehen.“

„ Es ist zu einer Prioritätsverschiebung in der öffentlichen Diskussion gekommen. “

Wolfgang Anzengruber

Auch Wolfgang Anzengruber, Aufsichtsratsvorsitzender der Oekostrom AG, stellt fest, dass Nachhaltigkeit in den Hintergrund getreten ist. „Es ist zu einer

Prioritätsverschiebung in der öffentlichen Diskussion gekommen.“ Und auch für Ralf Mittermayr, Vorstandsvorsitzender des internationalen Entsorgungs- und Recyclingunternehmens Saubermacher, haben sich in den letzten Monaten die Prioritäten verschoben: „Bewerbungen von Nachhaltigkeitsmanagerinnen und -managern nehmen exorbitant ab. Das ist schon ein Zeichen, dass es Unternehmen nicht gut geht und dass an Dingen, die keine eindeutige Übersetzung ins aktuelle Geschäft haben, gespart wird.“

Kurs halten in schwierigen Zeiten

Gleichzeitig sind sich aber alle einig, dass in den letzten Jahren hinsichtlich nachhaltiger Wirtschaft Fortschritte erzielt wurden. Bei der Post ist etwa mit über 6.000 Fahrzeugen die größte Elektroflotte Österreichs entstanden. Zusätzlich wurden mehr als 20 Megawatt peak Photovoltaik auf den Dächern des Unternehmens installiert. „Wir sind aber nun alle gefordert, auch in volatilen Zeiten Kurs zu halten“, betont Walter Oblin.

„Wir sind aber nun alle gefordert, auch in volatilen Zeiten Kurs zu halten.“

Walter Oblin

Eine Meinung, der sich Richard Stralz, CEO der Mayr-Melnhof Holz Holding, anschließen kann: „Es gilt, im Rahmen des wirtschaftlichen Umfelds diesen Pfad konsequent und auch mit den nötigen Mitteln weiterzugehen.“ Dazu gibt es seiner Ansicht nach mit Blick auf die entsprechenden Zielsetzungen und Regelwerke der EU auch keine Alternative. „Auch wenn dort und da leichte Abänderungen vorgenommen werden. Der Pfad ist vorgegeben, und den wollen wir gehen.“

„Das Falscheste, das wir jetzt tun könnten, wäre, alles über Bord zu werfen.“

Michaela Attermeyer

In der VBV-Gruppe gilt das insbesondere für den Bereich der Veranlagung. „Wir haben in den letzten 20 Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht“, erklärt Michaela Attermeyer. In Nachhaltigkeit zu investieren, sei ein probates Mittel, um die Chancen, die das Thema biete, zu ergreifen und gleichzeitig Risiken zu managen. Dabei geht es überwiegend um Risiken, die der Klimawandel und die notwendige Transformation der Wirtschaft mit sich bringen und die man nicht im Portfolio haben möchte. Natürlich sei Flexibilität in den Rahmenbedingungen gefordert,

aber Richtung und Kurs müssen gehalten werden. „Das Falscheste, das wir jetzt tun könnten, wäre, alles über Bord zu werfen“, so Attermeyer.

Nichtstun als Gefahr für wirtschaftlichen Erfolg

Als Gesamtwirtschaft in alte Muster zurückzufallen sei schon deshalb keine Option, weil die Kosten des Nicht-Handelns ungefähr fünf Mal so hoch sind wie aktive Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung bei 1,5 Grad. Das betont Sigrid Stagl, Vorständin am Department für Sozioökonomie an der WU Wien. „Das ist nicht nur für die Umwelt schlecht, sondern auch eine Gefährdung des wirtschaftlichen Erfolges. Dieser gelingt gut, wenn wir auf die Umwelt achten und gelingt gar nicht gut, wenn wir die Umwelt beschädigen.“

„Die Kosten des Nicht-Handelns sind ungefähr fünf Mal so hoch wie aktive Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung bei 1,5 Grad.“

Sigrid Stagl

In diesem Zusammenhang warnt sie davor, auf „Carbon Capture and Storage“ zu setzen. Dieser Prozess, bei dem CO₂ abgeschieden, komprimiert und in unterirdischen Speicherstätten gelagert wird, sei keine Option, und zwar aus verschiedenen Gründen: Erstens werde weiterhin produziert wie bisher, zweitens sei es eine nachgelagerte Technologie, die zudem die Produktionskosten um 30 bis 40 Prozent erhöht, so Stagl. Damit ist die Wettbewerbsfähigkeit ernsthaft gefährdet. Aus Sicht der Expertin kann das eine Übergangslösung sein für Industrien, die bis 2040 nicht CO₂-frei sein können. Generell müsse man aber auf strukturelle Änderungen setzen, um wirklich zukunftsfit zu werden.

Mut zur Veränderung nicht verlieren

Gefordert sind couragiertes Handeln und ein Voranschreiten auf dem Weg der Transformation. „In der Vergangenheit“, so Wolfgang Anzengruber, „wurden Erschwernisse, die durch Disruptionen entstanden sind, mit Geld gelöst, basierend auf der Sehnsucht, dass alles wieder so werden möge wie es einmal war. Das wird aber nicht mehr funktionieren.“ Die notwendige Transformation in Richtung nachhaltiges Wirtschaften kann ein Konjunkturmotor sein, man muss sich auf die Veränderungen aber auch einlassen. „Je später wir das tun, desto mehr wird es wehtun“, ergänzt Anzengruber.



EU-Omnibus-Verordnung: Nachhaltigkeit und Wettbewerb im Einklang

Am 26. Februar 2025 hat die EU-Kommission Anpassungen hinsichtlich Berichtspflichten für Unternehmen vorgelegt, und zwar in Form einer sogenannten Omnibus-Verordnung. Durch sie wurden mehrere Richtlinien abgeändert. Das erste dieser Pakete umfasst u. a. Adaptionen bei der Reporting-Richtlinie CSRD und der EU-Taxonomie, die für die Finanzwirtschaft ausschlaggebend ist.

Neben einer einfacheren Umsetzbarkeit für Unternehmen spielt bei dieser Rücknahme auch die Wettbewerbsfähigkeit der EU eine Rolle, verbunden mit der Hoffnung, dass das Paket zusätzliche Investitionen freisetzen soll.

Für die konkreten Einsparungen sowohl bezogen auf den bürokratischen als auch den finanziellen Aufwand gibt es definierte Ziele. So soll der Verwaltungsaufwand für die Unternehmen durch die Anpassungen um mindestens 25 Prozent reduziert werden und für KMUs sogar um 35 Prozent geringer ausfallen. Außerdem sollen die Verwaltungskosten um geschätzte 6,3 Mrd. Euro sinken.

Die wichtigsten Änderungen im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung nach CSRD und EU-Taxonomie:

- Für rund 80 Prozent der Unternehmen entfällt die Berichtspflicht nach der CSRD. Diese konzentriert sich nun auf die großen Konzerne.
- Die Meldepflicht für die CSRD wird auf 2028 verschoben, und zwar für das Geschäftsjahr 2027. Unternehmen, die derzeit ein Reporting ab 2026 (Geschäftsjahr 2025) veröffentlichen müssten, haben also noch zwei weitere Jahre Zeit.
- Die EU-Taxonomie soll nur noch für die größten Konzerne von verpflichtender Relevanz sein.
- Eine finanzielle Wesentlichkeitsschwelle für die Taxonomie-Berichterstattung wird eingeführt und die Berichtsvorlagen werden um etwa 70 Prozent reduziert.

Weiters im Omnibus-Paket enthalten sind Adaptionen bei der EU-Lieferkettenrichtlinie CSDDD (z. B.: Sorgfaltspflichten nur für Unternehmen ab 500 Beschäftigten oder Prüffintervall statt jährlich nur alle fünf Jahre) und dem CO₂-Grenzausgleichssystem CBAM (ca. 90 Prozent der Importeure sind durch den neuen Schwellenwert nicht mehr betroffen).

Übergeordnetes Ziel bleibt jedoch weiterhin, die Klimaziele und die nachhaltige Transformation im Blick zu behalten und die notwendigen Veränderungen in Gang zu setzen.

Quellen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_614

<https://kpmg-law.de/erste-omnibus-verordnung-soll-die-pflichten-der-csddd-csrd-und-eu-taxonomie-lockern/>

In diesem Zusammenhang sehen die Diskutant:innen diverse Versuche der Politik, die Uhr wieder ein Stück zurückdrehen, skeptisch. Das betrifft zum Beispiel die Überlegungen, die CO₂-Steuer abzuschwächen. Dadurch würde man ein zentrales Element der Klimapolitik aus der Hand geben. Damit der Kampf gegen den Klimawandel auch ein ökonomischer Erfolg wird, braucht es ökologisierte Preise. „Bei der CO₂-Bepreisung sind wir noch nicht dort, wo wir sein sollten“, meint Sigrid Stagl. Das wären aus ihrer Sicht etwa 70 bis 90 Euro pro Tonne CO₂. „Wenn in einer Marktwirtschaft die Preise nicht die richtigen Signale senden, bekommen alle Akteure systematisch falsche Informationen und treffen systematisch falsche und nicht nachhaltige Entscheidungen.“

Überdies werden hohe Investitionen notwendig sein, um die Transformation zu stemmen. Die Schätzungen dafür liegen bei weltweit neun Billionen Dollar jährlich. Tatsächlich ausgegeben werden derzeit ca. eineinhalb bis zwei Billionen Dollar je Jahr. Gleichzeitig werden sieben Billionen Dollar pro Jahr für Subventionen von fossilen Energieträgern aufgewendet. Würden diese umgelenkt, wäre das notwendige Volumen

erreicht. Dabei, so Gabriele Faber-Wiener vom Center for Responsible Management, muss man klar zwischen Kosten und Investitionen unterscheiden. „Momentan wird sehr stark diskutiert, dass die Kosten so hoch wären, dabei geht es hier um Investitionen.“ Und von Investitionen, so Richard Stralz, „hat man zukünftig einen Nutzen.“

Für Wolfgang Anzengruber ist klar, dass mehr Initiativen notwendig sind, damit institutionelles und privates Kapital in die nachhaltige Transformation fließt. Er schlägt vor, einen Investitionsfonds zu schaffen, den man eventuell mit einer staatlichen Garantie oder Ausfallhaftung ausstatten könnte. Ein weiterer gangbarer Weg seien Klimaanleihen. Michaela Attermeyer betont, dass die VBV bereits mehrere hundert Millionen Euro an grünen Darlehen an die Republik Österreich vergeben hat. „Wir waren die ersten, die das gemacht haben. Dazu sind wir aktiv an die Bundesfinanzierungsagentur herangetreten.“

Vermieden werden muss jedenfalls ein von Sigrid Stagl beschriebener Teufelskreis. Dieser hat seine Ursache in hohen Schulden der öffentlichen Hand, weshalb nur wenig Kapital für Investitionen in zukunftsweisende Infrastruktur bereitgestellt werden kann. „Daraus entsteht mehr Vulnerabilität und weniger Resilienz, was zu zusätzlichen Kosten für die Wirtschaft führt“, so Stagl.

ESG und Wettbewerbsfähigkeit zusammen denken

Durch den Verzicht auf Nachhaltigkeit und die damit verbundenen Investitionen kann keine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden. Für diese These, der die Diskutant:innen einhellig zustimmen, ist die Energieerzeugung ein guter Beleg. In den letzten Jahren wirkten die gestiegenen Ausgaben für fossile Energien konjunkturendämpfend und trieben Kosten und Inflation für Unternehmen und private Haushalte in die Höhe. Wäre rechtzeitig in größerem Umfang in erneuerbare Energiequellen investiert worden, hätte das teilweise vermieden werden können.

„Da werden die eigenen, nachhaltigen Ressourcen zu wenig genutzt“, meint Wolfgang Anzengruber. Die Erzeugung erneuerbarer Energie sei vergleichsweise günstig. Durch das Merit-Order-Modell zur Berechnung von Strompreisen komme das jedoch nicht bei den Konsument:innen an. „Eine Maßnahme für mehr Wettbewerbsfähigkeit wäre daher,

dass wir den Kostenvorteil bei den Erneuerbaren endlich mal bei den Energiepreisen sehen“, so Anzengruber.

Wichtig zu verstehen ist, dass Nachhaltigkeit und Wirtschaft bzw. deren Wettbewerbsfähigkeit keine Parallelwelten sind. Auf der einen Seite das Gute, das man tut und auf der anderen Seite der eigentliche Unternehmenszweck. Für Walter Oblin muss daher immer auch im Sinne der ökonomischen Nachhaltigkeit gedacht und gehandelt werden. „Ein Unternehmen, das nicht auf Dauer Geld verdient, das nicht in der Lage ist zu investieren, das hat – selbst wenn es in anderen Bereichen nachhaltig agiert – kurze Beine.“

Es gibt viele Möglichkeiten, die Transformation Richtung Klimaneutralität voranzutreiben und gleichzeitig auch ökonomisch erfolgreich und damit zukunftsfähig zu sein. Im Logistiknetzwerk der Post läuft die Elektromobilität dem Verbrennermotor mittlerweile den Rang ab. Und zwar daher, weil diese hinsichtlich Energie- und Instandhaltungskosten deutlich günstiger ist. Das gilt vor allem bei so stark beanspruchten Fahrzeugen wie bei der Post. „Das ist bei uns mittlerweile auch ohne Förderungen der wirtschaftlich vorteilhaftere Weg. Wir sind als Unternehmen und als Volkswirtschaft gefordert, auf Maßnahmen zu setzen, die sowohl ökonomisch als auch ökologisch vorteilhaft sind“, erklärt Oblin.

Wo Initiativen ökonomisch keinen Mehrwert bringen, dürfe man in der Transformation nicht auf die Unternehmen setzen, ist Oblin überzeugt. Hier müsse der Staat über Regulierungen, Subventionen oder Anschubförderungen die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Sigrid Stagl betont, dass es in der Vergangenheit immer wieder Phasen gegeben hat, in denen die Gesellschaft entschieden hat, zulasten der kurzfristigen Wettbewerbsfähigkeit auf Produktionsfaktoren zu verzichten. Das betraf etwa die Abschaffung der Kinderarbeit oder das Verbot von Leibeigenschaft. Solche Umstellungsphasen sind für die Wirtschaft nicht einfach. Sie müssen daher klug organisiert werden, sodass man am Ende umso besser positioniert ist. In so einer Transformation befinden wir uns aktuell. „Gelingt die Umstellung auf nachhaltige Energieformen und eine bessere Infrastruktur, dann haben wir es zumindest für den Bereich Klimaschutz geschafft“, so Stagl, die die Dauer dieser Übergangsphase auf zehn bis 15 Jahre schätzt.

Regulierung mit Augenmaß

Bei der Wahl, welchen politischen Weg man hierfür einschlägt, den regulierenden oder den über finanzielle Anreize, gilt es laut Stiglitz Folgendes zu bedenken: „In einer Zeit, wo es knappe öffentliche Budgets gibt, muss man natürlich darüber nachdenken, ob man sich Subventionen weiter leisten kann.“ Die Frage sei, ob man stärker reguliert, wofür politisches Kapital eingesetzt werden muss, oder ob man Subventionen nutzt, die politisch weniger kosten, aber das Budget mehr belasten.

Die Unternehmensvertreter in der Diskussion sind der Ansicht, dass wirtschaftliches Handeln aktuell bereits überreguliert ist. Durch die Erfüllung unzähliger Auflagen werden sehr viele Ressourcen gebunden. „Wir würden diese gerne in der Umsetzung von Maßnahmen, die uns wirklich beim Klimaschutz weiterbringen, verwenden“, meint Walter Oblin. Der bürokratische Mehraufwand würde ganz wesentlich zum schlechten Image von Nachhaltigkeit beitragen. Das kann Gabriele Faber-Wiener aus eigener Erfahrung bestätigen: „Reporting hat teilweise Hass bei den Betroffenen aufgebaut. Das ist zunehmend eine Pflichtveranstaltung, die negativ besetzt ist, und damit rutscht auch das gesamte Thema Nachhaltigkeit ins Negative. Das ist schade, denn das Thema ist wichtiger denn je.“

Für Ralf Mittermayr ist die heimische Pfandverordnung ein passendes Beispiel für schlecht gemachte Regulierung. „In Österreich regulieren wir auf die Quadratmeter-Supermarktfläche berechnet, welche Maschinen mit welchem Durchsatz dafür notwendig sind.“ Das führt am Ende zu einer sehr teuren Lösung. Lieber wäre dem Vorstandsvorsitzenden von

„In Österreich neigen wir dazu, dass wir EU-Vorschriften so umbauen, dass sie dann praktisch nicht mehr handhabbar sind.“

Ralf Mittermayr

Saubermacher, dass man das Ziel einer Recyclingquote von 90 Prozent definiert, ohne festzuschreiben, wie genau das zu erreichen ist: „Intelligente Regulierungen,“ ohne so weit in Details einzugreifen, dass die Regelung hochkomplex wird. „In Österreich neigen wir dazu, dass wir EU-Vorschriften so umbauen, dass sie dann praktisch nicht mehr handhabbar sind.“

Die Menge an Regulierungen ist auch für Richard Stralz zu groß, auch wenn ihm der Sinn durchaus bewusst ist. Auch die in Aussicht gestellte Omnibus-Verordnung der EU (siehe Infobox) ist zwar seiner Ansicht nach grundsätzlich positiv, geht aber für ihn nicht weit genug.

Erschwerend kommt hinzu, dass trotz der Unzahl an befüllten Seiten am Ende oft nicht klar ist, was eigentlich zu tun ist. In der Wirtschaft kämpft man mit unklaren Definitionen oder mit dem Faktum, dass Details erst kurz vor Gesetzverordung bekannt gemacht werden. Häufig gibt es dann keinen zeitlichen Spielraum mehr, um die betroffenen Prozesse oder IT-Systeme anzupassen. „Diese Problematik tut uns viel mehr weh als die Tatsache, dass es ein Regulatorium gibt“, so Stralz. „Wenn klar ist, was zu tun ist, dann kann man sich darüber ärgern, aber es ist zumindest umsetzbar.“

„Wenn klar ist, was zu tun ist, dann kann man sich darüber ärgern, aber es ist zumindest umsetzbar.“

Richard Stralz

Messen und managen

Michaela Attermeyer sieht die Frage der Regulatorik nicht so negativ: „Sie zwingt uns dazu, die Dinge zu konkretisieren, nicht nur Geschichten zu erzählen, sondern quantitative Daten zu reporten.“ „Was nicht gemessen wird, wird nicht gemacht“, ergänzt Wolfgang Anzengruber. Man könne schon auch Regulatorik abbauen, aber dürfe dabei die Ziele nicht aus den Augen verlieren, ist er überzeugt.

Wichtig sei am Ende, dass europäische Unternehmen im Vergleich zu ihren internationalen Konkurrenten nicht überreguliert werden. Dann würde ESG tatsächlich eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit darstellen. „Es braucht ein Bekenntnis zur Nachhaltigkeit, aber auch eines zu einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft“, betont Walter Oblin. Unternehmen, die ohnehin schon viel mehr für Nachhaltigkeit leisten, als das in anderen Ländern der Fall ist, dürfen nicht noch mehr belastet werden. Das trägt dazu bei, dass Wertschöpfung in Regionen abwandert, wo man es mit dem Schutz von Umwelt und Klima nicht ganz so genau nimmt.

Dazu braucht es vonseiten der Politik Augenmaß und einen gewissen Pragmatismus. Andererseits, wie Gabriele Faber-Wiener am Ende der Gesprächsrunde zusammenfasst, muss die Wirtschaft Offenheit für neues Denken und Bereitschaft zur Veränderung beisteuern: „Nur wenn wir uns verändern, dann wird auch der Wohlstand erneuerbar.“ ●

NACHHALTIGKEIT ALS WETTBEWERBSFAKTOR

*Global nachhaltig am
Ende*



VBV im Diskurs – 27. Mai 2025

- Stehen wir vor einer möglichen De-Globalisierung?
- Welche Auswirkungen hätte das auf Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft?
- Steht damit auch mehr Kreislaufwirtschaft am Programm?

ZU GAST:



DI Dr. Hildegard Aichberger, MBA

Geschäftsführerin Umweltbundesamt

Hildegard (Gitsch) Aichberger ist seit Mai 2024 Geschäftsführerin im Umweltbundesamt. Seit über 20 Jahren ist sie in leitenden Funktionen in Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft in den Bereichen Umwelt und Nachhaltigkeit aktiv. Zuletzt war sie als Vorständin der oekostrom AG für Vertrieb und Marketing verantwortlich. Ehrenamtlich ist Hildegard Aichberger unter anderem Mitglied im ORF Stiftungsrat sowie Aufsichtsratsvorsitzende der Bundessporteinrichtungen GmbH.



Mag. Gisela Elsner

Referentin Grundsatzfragen Nachhaltigkeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin

Die Juristin ist seit knapp 20 Jahren bei der Konrad-Adenauer-Stiftung tätig, mit mehrjährigen Auslandsstationen in Lateinamerika und Asien. In der Berliner Stiftungszentrale arbeitet sie seit 2020 an nationalen, europäischen und internationalen Grundsatzfragen der Nachhaltigkeit. Für sie bedeutet Nachhaltigkeit, Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft der Natur, Wirtschaft und Gesellschaft zu übernehmen – auch seitens der Politik.



Dr. Peter Griehsnig

Chief Technology Officer (CTO), AT&S Austria Technologie & Systemtechnik

Der promovierte Physiker ist seit 25 Jahren bei AT&S tätig und hat ab 2002 maßgeblich zum internationalen Ausbau des Unternehmens beigetragen. Unter seiner Leitung als COO entstand das erste AT&S-Werk in Shanghai, gefolgt vom Standort in Chongqing. Die COVID-Pandemie erlebte er hautnah in China mit – eine Erfahrung, die ihm eindrücklich vor Augen führte, dass neben technologischer Innovation vor allem Teamgeist ein entscheidender Erfolgsfaktor für jedes Unternehmen ist.



Mag. Gerhard Hanke

Finanzvorstand (CFO) der Wienerberger AG

Gerhard Hanke ist seit mehr als 20 Jahren erfolgreich in verschiedenen Führungspositionen – sehr oft in Kombination von Finanz- und operativer Verantwortung – bei Wienerberger tätig. Als erfahrener Experte mit exzellentem Industrie- und Finanz-Know-how setzte er zahlreiche strategische Wachstumsprojekte und M&A-Transaktionen erfolgreich um.

Global nachhaltig am Ende

Nachhaltige Wirtschaft: zwischen lokaler Souveränität und globaler Zusammenarbeit

Die Globalisierung galt in den letzten Jahrzehnten als das Erfolgsmodell zur Stärkung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Nun scheint sie ins Stocken zu geraten. Multiple Krisen setzen der Wirtschaft zu und führen zu Planungsunsicherheiten bei Unternehmen. Ist die Globalisierung für die Weltwirtschaft noch zeitgemäß und vor allem nachhaltig oder sollte man sich lokaler aufstellen? Das war eine der zentralen Fragen, der sich die mittlerweile 26. Diskussionsrunde von „VBV im Diskurs“ gewidmet hat.

Um wirtschaftlich erfolgreich agieren zu können, benötigen Unternehmen stabile Rahmenbedingungen. Die Krisen und Kriege der letzten Jahre sind das exakte Gegenteil davon. Vor allem international agierende Konzerne sind von geopolitischen Unsicherheiten enorm betroffen. Vorausschauendes Handeln ist für sie extrem schwierig geworden. „Derzeit ist jede Planungsrechnung, die man sich zurechtgelegt hat, eigentlich nur einige Wochen gültig, und man ist kontinuierlich in einer evaluierenden Situation.“ Damit spricht Gerhard Hanke, CFO der Wienerberger AG, wohl vielen Unternehmern aus der Seele. Auch AT&S Austria-CTO Peter Griehsnig sieht sich in seinem Konzern der gleichen Herausforderung gegenüber: „Wir bereiten uns darauf vor, in einer längeren Zeit der Unsicherheit und der Unplanbarkeit zu leben und zu arbeiten.“ Hauptgrund für diese Situation ist eine Vielzahl an internationalen Konflikten und Kriegen – das pure Gift für eine globalisierte Wirtschaft.

„ Wir bereiten uns darauf vor, in einer längeren Zeit der Unsicherheit und der Unplanbarkeit zu leben und zu arbeiten. “

Peter Griehsnig

Quasi „on top“ sind Unternehmen zusätzlich von unzähligen ESG-Vorgaben betroffen, die ihrerseits ebenfalls keine stabilen Leitplanken darstellen. Wenn der vor wenigen Jahren präsentierte „Green Deal“ nun durch Omnibus-Verordnung abgeschwächt wird oder niemand mit Sicherheit sagen kann, ob das paktierte Aus für Verbrennermotoren 2035 tatsächlich kommen wird, entstehen Frustration und Orientierungslosigkeit. „Unklare

oder instabile rechtliche Vorgaben, seien sie nationaler oder europäischer Herkunft, schaffen insgesamt nicht die notwendigen politischen Rahmenbedingungen, um Unternehmen zu ermutigen, in nachhaltiges Wirtschaften zu investieren“, meint Gisela Elsner, Policy Advisor Global Sustainability bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Zwei Nachhaltigkeitslager und der chinesische Weg

Was die Zukunft nachhaltigen Wirtschaftens betrifft, hat Hildegard Aichberger, Geschäftsführerin des österreichischen Umweltbundesamts, eine klare Prognose: „Es gibt zwei Lager, in die sich die Welt aufteilen wird: In das elektrifizierte und das fossile Lager.“ Auf der einen Seite sieht sie die Anhänger einer „neuen Wirtschaft“ auf Basis erneuerbarer, sauberer Energiequellen, zu denen die EU zählt. Auf der anderen Seite stehen ihrer Ansicht nach Staaten wie die USA oder Russland, die vor allem auf Öl und Gas setzen. Wachstumschancen, insbesondere für Europa, bestehen vor allem im „neuen“ Lager, da es hinsichtlich klimafreundlicher Technologien noch die Chance auf Marktführerpositionen gibt.

Die Volksrepublik China kann in diesem Kontext als eine Art „Wanderer zwischen den Welten“ gesehen werden. Im „Reich der Mitte“ besteht zum einen das Ziel, die Pole Position am Markt und in der Technologie für erneuerbare Energien zu erreichen. Gleichzeitig wurde und wird jedoch, insbesondere nach der Covid-Pandemie, massiv auf den Ausbau von Kohle- und Atomkraft gesetzt, um das Wirtschaftswachstum zu befeuern. „China lebt von Grautönen“, beschreibt Peter Griehsnig, der für AT&S jahrelang im Land tätig war, die Situation. Man kann China neben pragmatischem Handeln demnach auch einen gewissen Opportunismus hinsichtlich der Nachhaltigkeit unterstellen, da es vor allem um die Nutzung der Vorteile geht. Die Bestrebungen dienen dem Ausbau der Wirtschaftsmacht, jedoch nicht um den Preis potenzieller ökonomischer Einbußen. Wirtschaftswachstum steht über allem – im Zweifelsfall auch über der Nachhaltigkeit.

Der klare Unterschied zwischen China und Europa liegt in der Umsetzung von Strategien und Plänen. Während die Volksrepublik nach dem „Top-Down“-Prinzip handelt, wird im EU-Raum gemäß „Bottom-Up“ auf Demokratie gesetzt, auf gemeinsame Entscheidungen und eine gebündelte Vorgehensweise für alle Mitgliedsstaaten. Und die Mühlen

der EU mahlen bekanntlich nicht besonders schnell. Jede Vorgabe und jede Änderung durchläuft einen langen Abstimmungsprozess und macht Unternehmen zuweilen müde. „Das politische Dilemma sind einfach die langen Entscheidungswege innerhalb von Europa, diese Unentschlossenheit und Uneinigkeit“, so Gerhard Hanke.

„Das politische Dilemma sind einfach die langen Entscheidungswege innerhalb von Europa, diese Unentschlossenheit und Uneinigkeit.“

Gerhard Hanke

China ist zweifellos einer der großen Gewinner der Globalisierung der letzten Jahrzehnte. Basierend auf einer zentral gesteuerten und strategisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik, kombiniert mit staatlichen Subventionen, produziert und exportiert das Land beinahe alles, was andernorts benötigt wird. Das betrifft eben auch das große Feld der Energiewende, wo China sich zum zentralen Player aufgeschwungen hat. Die globale Produktion von Photovoltaikmodulen findet ebenso zu einem guten Teil dort statt wie die Herstellung von E-Autos.

Müssen wir bei der Globalisierung zurückrudern?

Spätestens seit Corona und den in der Folge zusammenbrechenden Lieferketten wird die Globalisierung als Konzept für wachsenden Wohlstand hinterfragt. Es wurden Stimmen laut, die auf eine stärkere Lokalisierung pochen, um so Abhängigkeiten von anderen Staaten abzubauen. Regionaler und globaler Handel müssten sich jedoch nicht ausschließen, meint Andreas Zakostelsky, Generaldirektor der VBV-Gruppe. „Ich glaube, Globalisierung ist kein Widerspruch zu dem, was man lokal macht. Globalisierung bedeutet für mich in Anlehnung an Adam Smith, dass Produktion dort stattfinden sollte, wo der größtmögliche Nutzen erzielt werden kann.“

Die Globalisierung wird vermutlich nicht von der Lokalisierung verdrängt, aber sie wird sich vor allem durch geopolitische Unwägbarkeiten und zugunsten ökonomischer Unabhängigkeit verändern. „Es wird eher zu einer Art Neuordnung der Globalisierung kommen, einer Re-Globalisierung, einer Ausdifferenzierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen“, vermutet Gisela Elsner. Das werde vielleicht dort und da zu mehr Fragmentierung und Regionalisierung führen, aber eben auch zu einer ausgeprägteren Diversifizierung der internationalen Handelsbeziehungen.



Re-Globalisierung: Eine neue Phase der weltweiten Vernetzung

Re-Globalisierung beschreibt eine neue Form des globalen Handels, bei der die internationale, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Verflechtung in eine neue Phase eintritt. Nach Jahrzehnten intensiver Globalisierung – geprägt durch freien Handel, internationale Arbeitsteilung und die weltweite Expansion von Unternehmen – kam es zuletzt zu protektionistischen Gegenbewegungen. Ereignisse wie die COVID-19-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die dadurch ausgelösten Lieferkettenprobleme und Energiepreisanstiege führten zu einem Infragestellen globaler Abhängigkeiten.

Die Globalisierung der letzten Jahrzehnte nahm keine Rücksicht auf die politische Verfasstheit einzelner Länder. Ein Großteil westlicher Investitionen und Produktionsstandorte wanderte in autokratisch regierte Staaten wie China oder Russland ab. In den letzten Jahren jedoch trachten internationale Konzerne nach stärkerer Diversifikation und dem Abbau von Abhängigkeiten. Das Konzept des „Friendshorings“ gewinnt an Bedeutung. Damit ist die Beschränkung des internationalen Handels auf Länder mit gemeinsamen Werten gemeint. Viele Unternehmen mussten in Folge des Ukraine-Kriegs hohe Abschreibungen für ihre Investitionen in Russland vornehmen. Eine potenzielle chinesische Invasion in Taiwan oder politische Unruhen in China würden einen noch viel höheren Verlust für die westliche Wirtschaft bedeuten.

Re-Globalisierung bedeutet nicht das Ende der Globalisierung, sondern deren Transformation. Für Länder und Unternehmen gilt es, ihre Strategien und bisherigen Wertschöpfungsketten zu überdenken, auf die Diversifikation ihrer Lieferketten zu setzen, neue Wertstoffkreisläufe aufzubauen, ihre Lagerhaltung zu erweitern und dadurch in ihre Resilienz zu investieren. Produktionsstandorte werden zukünftig näher an Absatzmärkte verlagert (Nearshoring / Greenshoring), auch um in der Lieferkette weniger Transportkosten und CO₂-Emissionen zu verursachen.

Der Fokus der Re-Globalisierung liegt auf Stabilität, Vertrauen und strategischer Autonomie unter anderem durch eine bewusste Risikosteuerung – ohne die Idee eines globalen Austauschs grundsätzlich aufzugeben.

Die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization) betont die Wichtigkeit des globalen Handels. Ein inklusives und multilaterales System wirkt sich demnach positiv auf Themen wie Sicherheit, wirtschaftliche Ungleichheit und Nachhaltigkeit aus und wird im letzten World Trade Report als unverzichtbar bezeichnet. Entsprechend warnt die WTO vor einer Zersplitterung der Handelsbeziehungen, die sich aktuell aufgrund der geopolitischen Spannungen zeigt. Bedeutsam sei der internationale Handel vor allem für die Gruppe der Schwellen- und Entwicklungsländer.

Letztlich stellt sich die Frage, ob diese die Forderung westlicher Unternehmen nach politischer Stabilität gewährleisten können oder ob sie nicht ohnedies eine engere Anbindung an China oder Russland wünschen, da dort keine wertegeleitete Handelspolitik in einem risikoreichen Rahmen angestrebt wird.

Quellen:

University of California, Santa Barbara: Re-Globalization | global-e journal

Unternehmensberatung Roland Berger: <https://www.rolandberger.com/de/Insights/Publications/Welthandel-zwischen-neuer-Bipolarit%C3%A4t-und-Decoupling.html>

World Trade Organization. World Trade Report 2024. Trade and inclusiveness. How to make trade work for all.

<https://www.wto-ilibrary.org/content/books/9789287076717/read>

Eine in Europa gerade stattfindende Form dieser Lokalisierung, um wirtschaftliche Abhängigkeiten abzubauen, stellt die Umstellung der Energieversorgung auf nachhaltige Quellen dar. Fossile Brennstoffe – das hat nicht zuletzt der Ukraine-Krieg gezeigt – machen erpressbar. „Aus meiner Sicht ist dieser Zug nicht mehr aufzuhalten“, erklärt Hildegard

Aichberger. „Damit holt man sich die Energie und die Wertschöpfung ins Land.“ Das ist nicht nur wirtschaftspolitisch sinnvoll, sondern auch wesentlich günstiger. „Erneuerbare Ressourcen im eigenen Land zu nutzen, macht unsere Gesellschaft nachhaltiger und resilienter“, so Hildegard Aichberger.

Ein Neudenken der Globalisierung beinhaltet auch ein Umdenken in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens. Um die Nachhaltigkeit weltweit voranzutreiben, ist die Abkehr vom bisweilen vorherrschenden Befehlston und die Hinwendung zu mehr Verständnis notwendig. Es geht darum anzuerkennen, was vor Ort tatsächlich benötigt wird, um nachhaltig zu wirtschaften. Das impliziert einen ehrlichen Dialog, Unterstützung in Form von beispielsweise Technologien und das Wahrnehmen der Bedürfnisse des jeweiligen Staates. Nur dadurch lässt sich das Wirtschaftswachstum im globalen Süden auch nachhaltigkeitskonform gestalten.

„Ich würde es als wertegeleiteten Pragmatismus bezeichnen wollen, dass wir zum einen verstehen, was die Notwendigkeiten vor Ort sind, und Kommunikationskanäle offenhalten, um weiter im geopolitischen Gesamtkontext Einfluss zu behalten. Dann müssen wir

„Es geht um Werte, aber eben nicht ideologisch oder moralisierend, sondern mit offenen Ohren, mit Dialog, durch Zuhören, aufeinander zugehen.“

Gabriele Faber-Wiener

aber auch zusehen, wie wir diese Werte voranbringen“, so Gisela Elsner. In diese Kerbe schlägt auch CSR-Expertin und Diskussionsleiterin Gabriele Faber-Wiener: „Es geht um Werte, aber eben nicht ideologisch oder moralisierend, sondern mit offenen Ohren, mit Dialog, durch Zuhören, aufeinander zugehen. Also weg vom Gegeneinander, wirklich hin zum Miteinander.“

Und diese Zusammenarbeit funktioniert dann am besten, wenn es klare Spielregeln gibt, die von politischer Seite vorgegeben werden und vor allem beständig sind. Pragmatisch voranschreiten, aber mit Maß und Ziel und die einzelnen Staaten dort abholen, wo sie sich auf dem Weg zur Nachhaltigkeit befinden – oder wie Gabriele Faber-Wiener es formuliert: „Wirtschaftspartnerschaften statt klassischer Entwicklungszusammenarbeit“. Das stärkt nicht nur die globale nachhaltige Wirtschaft, sondern wirkt sich auch positiv auf Frieden und Wohlstand aus, und beides ist gerade in turbulenten Zeiten essenziell.

EU-Klimapolitik: Weniger „Hü Hott“ und mehr Pragmatismus

Globalisierung bedeutet auch, dass heimische Unternehmen mit Konkurrenten aus allen Ecken der Welt mithalten können müssen. Nicht ganz zu Unrecht pochen Wirtschaftsvertreter dabei gerne auf vergleichbare Rahmenbedingungen. Das betrifft insbesondere die ESG-Regulatorik, die hierzulande besonders ausgeprägt ist und für Unternehmen einen Standortnachteil darstellen kann.

„Wir haben in den letzten Jahren in Europa mehr administrativen Aufwand betrieben und haben Ressourcen, die man anderweitig hätte einsetzen können, auf die Befriedigung der Bürokratie gelenkt, und das finde ich absolut nicht gut“, betont AT&S-CTO Peter Griehsnig. „Wenn ich mir aber die Frage stelle: Haben wir mehr für die Nachhaltigkeit getan, seit Europa jetzt ganz stark auf diesen Zug aufgesprungen ist, seit es eine CSRD gibt, seit es ein NaDiVeG gibt, seit es eine CS Triple D gibt? Ganz ehrlich, nein, das glaube ich nicht.“ Im Bereich der Regulatorik sei man ein gutes Stück über das Ziel hinausgeschossen.

Gegen noch mehr Detailvorschriften spricht sich auch Gisela Elsner aus. Sie fordert mehr Handlungsspielraum für Unternehmen und Rahmenbedingungen, die erfolgreiches Wirtschaften ermöglichen: „Das heißt, möglichst nicht kleinteilige Gesetze zu erlassen, die auch sehr genau vorschreiben, auf welchen Wegen bestimmte Ziele im Hinblick auf Klima und Energie zu erreichen sind.“ Die Definition des Umsetzungsweges sollte im Verantwortungsbereich der Unternehmen liegen. Es würde reichen, wenn die EU das zu erreichende Ziel festlege.

Der Weg zu einem praktikablen Handlungsrahmen kann trotz aller Schwierigkeiten dennoch nicht über das weitere Herunterfahren der Regularien wie zuletzt durch die Omnibus-Verordnung führen. Hildegard Aichberger bringt die Probleme der inkonsistenten Strategie der EU ganz klar auf den Punkt: „Das ist dieses Thema des ‘Hin und Her’ und ‘Hü Hott’ und damit mangelnde Planungssicherheit. Das betrifft nicht nur Zölle oder Wirtschaftspolitik, das betrifft vor allem auch die Klimapolitik.“ Dennoch

„Das ist dieses Thema des ‘Hin und Her’ und ‘Hü Hott’ und damit mangelnde Planungssicherheit. Das betrifft vor allem auch die Klimapolitik.“

Hildegard Aichberger

führt sie weiter aus: „Ich finde, man muss aufpassen, dass man jetzt nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet.“

Ein übermäßiges „Zurückregulieren“ der Verordnungen schadet dem eigentlichen Ziel ebenso wie eine Überregulierung, da hier unter Umständen große Emittenten aus dem Rahmen fallen und somit an den Klimazielen „vorbeigewirtschaftet“ wird. Und das würde wiederum das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit negativ beeinflussen. Das Thema Nachhaltigkeit ist in den Unternehmen angekommen, und die Instabilität der EU-Regularien wirkt hier irritierend und unnötig bremsend.

„Gerade die Wirtschaft ist mit der Erkenntnis, dass sie mit ihren Geschäftsmodellen von einer intakten Natur abhängig ist, und auch in der Umsetzung dieser Erkenntnis oft schon weiter als die Politik.“

Gisela Elsner

„Gerade die Wirtschaft“, so Gisela Elsner, „ist mit der Erkenntnis, dass sie mit ihren Geschäftsmodellen von einer intakten Natur abhängig ist, und auch in der Umsetzung dieser Erkenntnis oft schon weiter als die Politik.“

Europa sollte sich wegbewegen von strikten Vorgaben und Kontrollen und hin zu mehr Fokus auf Innovation und Handeln. Beim Thema Nachhaltigkeit wartet eine große Chance, wie Andreas Zakostelsky betont: „Ich glaube, wir als Europa können hier tatsächlich eine treibende Rolle einnehmen, weil wir durchaus eine gewisse Glaubwürdigkeit entwickelt haben in den letzten Jahren.“ Er mahnt da auch mehr Mut ein, die Rolle im „Driver Seat“ anzunehmen.

„Ich glaube, wir als Europa können hier tatsächlich eine treibende Rolle einnehmen, weil wir durchaus eine gewisse Glaubwürdigkeit entwickelt haben in den letzten Jahren.“

Andreas Zakostelsky

Die einen wollen, die anderen müssen

Bei den Unternehmen gibt es teils große Unterschiede hinsichtlich der Einstellung zur Nachhaltigkeit, wie Gerhard Hanke festhält: „Es gibt jene, bei denen das Thema Nachhaltigkeit integraler Bestandteil der Strategie ist, und dann gibt es Unternehmen, die sehen das Thema Nachhaltigkeit einfach als Last, und genau hier braucht es die Regulatorik. Hier braucht es ein Rahmenwerk, um einen ersten Anstoß zu geben.“ Jene, die als Role Model vorangehen, sollte man nicht durch Bürokratie bremsen, sondern in ihrer eigenen, schnelleren Geschwindigkeit agieren lassen. Denen sollte man

nicht noch weitere Hürden in Form von immer neuen Berichtspflichten in den Weg legen. „Wir haben sowieso ein kommerzielles Interesse, uns nachhaltig zu positionieren.“ Hanke fände es klug, wenn sich die Politik hier zurückhalten und mehr Verantwortung an die Unternehmen übertragen würde.

Auch Gabriele Faber-Wiener ist der Ansicht, dass man Unternehmen hinsichtlich ihrer Ambitionen in puncto Nachhaltigkeit in zwei Gruppen aufteilen kann: „Es gibt die, die wollen und die, die müssen. Und das war ja auch ein Ziel des Green Deal und anderer Normen, die wir haben, genau diese Unternehmen, die eben die Last Movers sind, auch auf diesen Weg zu bringen.“

Bei aller Kritik an den EU-Regularien darf ein wichtiger Aspekt nicht aus den Augen verloren werden, hält Hildegard Aichberger fest: „Die Dinge wären überhaupt nicht ins Rollen gekommen, wenn die EU nicht so lange eine Vorreiterrolle übernommen hätte.“ Ohne das europäische Voranschreiten wäre das Thema Nachhaltigkeit global nicht dort, wo es jetzt ist. China und die USA hätten den Handlungsdruck sehr viel später erkannt.

In diesem Kontext darf Europas Rolle als ESG-Pionier und dessen Auswirkungen auf die internationalen Lieferketten als zentraler Aspekt der sich gerade vollziehenden Re-Globalisierung bezeichnet werden. ●

NACHHALTIGKEIT ALS WETTBEWERBSFAKTOR

*Wie nachhaltig ist
Österreich?*



VBV im Diskurs – 6. November 2025

- Wie nachhaltig agiert Österreich wirklich?
- Wo stehen Österreichs Unternehmen im internationalen Vergleich?
- Ist Österreichs Politik Vorreiter oder Mitläufer?
Oder sogar Nachzügler?

ZU GAST:



em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

Präsident des Österreichischen Fiskalrates

Christoph Badelt ist österreichischer Volkswirt und emeritierter Professor für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). Nach mehreren leitenden Positionen an der WU wurde er zum Rektor der Universität ernannt und war auch Vorsitzender der Österreichischen Universitätenkonferenz. Neben seiner Funktion als Professor an der WU leitete er das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO; Sept. 2016 bis Sept. 2021). Seit Mitte Mai 2021 ist Prof. Badelt Präsident des Fiskalrates, seit April 2022 auch Vorsitzender des österreichischen Produktivitätsrates.



DI Dr. Sabine Herlitschka

CEO, Infineon Technologies Austria AG, Vizepräsidentin
Österreichische Industriellenvereinigung

Sabine Herlitschka ist seit April 2014 Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG. Ihre beruflichen Stationen umfassen industrielle Biotech-Forschung, internationale Forschungs- und Technologiekooperation sowie -finanzierung, Internships bei renommierten U.S. Institutionen, Fulbright Wissenschaftlerin und Gründungs-Vizerektorin an der Medizinischen Universität Graz. Neben zahlreichen Funktionen ist Sabine Herlitschka aktuell Vizepräsidentin der Industriellenvereinigung Österreich sowie Aufsichtsratsvorsitzende der FH Kärnten.



Ing. Monika Langthaler, MSc

Direktorin der Schwarzenegger Climate Initiative, Gesellschafterin bei Brainbows

Monika Langthaler ist eine herausragende Expertin im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz und ehemalige Grünen-Abgeordnete zum Österreichischen Nationalrat. Als Direktorin der Schwarzenegger Climate Initiative organisiert

sie seit 2017 den Austrian World Summit, eine der weltweit bedeutendsten Klimaschutzkonferenzen, der jährlich in Wien stattfindet.



ao.Univ.Prof. Dr. Andreas Novy

Sozialökonom, WU Wien

Andreas Novy ist außerordentlicher Universitätsprofessor für Sozioökonomie am Department Sozioökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien, Leiter des Institute for Spatial and Social-Ecological Transformations

(ISSET), Präsident der International Karl Polanyi Society (IKPS) und Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums Alltagsökonomie.

Wie nachhaltig ist Österreich?

Nachhaltigkeit in Österreich auf dem Prüfstand: Durchstarten oder Rückwärtsgang?

Die Klimapolitik hat mit starkem Gegenwind zu kämpfen. Sie wird als Klotz am Bein der Wirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit bezeichnet und von so manchem im politischen Spektrum als hysterisch und ideologiegetrieben diffamiert. Allenthalben wird der Rückwärtsgang eingelegt. Bereits beschlossene Rechtsakte werden per Omnibus-Verordnung abgeschwächt und vereinbarte Zielvorgaben revidiert. Übrig bleibt ein Gefühl von Verunsicherung zur Zukunft von Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

Die Aufbruchstimmung ist gewichen, Skepsis auf der einen und Frustration auf der anderen Seite haben sich breitgemacht. Vor zehn Jahren wurde mit großer Zuversicht das Pariser Klimaabkommen von 195 Staaten und der Europäischen Union verabschiedet. Das 1,5-Grad Ziel war geboren. Bei der diesjährigen 30. UN-Klimakonferenz „COP30“ im brasilianischen Belém war hingegen nur ein Minimalkonsens möglich und ein Zeitplan zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen nicht durchsetzbar. Das Ziel, die Erderwärmung mit maximal 1,5 Grad zu begrenzen, scheint heute unerreichbar. Vor diesem Hintergrund wurde bei der 27. Ausgabe von „VBV im Diskurs“ der heimische Status quo im Hinblick auf Klimaziele und Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels einer genaueren Betrachtung unterzogen.

Zu beobachten ist, dass es in demokratisch verfassten Staaten zunehmend schwierig wird, mit einer aktiven Klimapolitik bei Wahlen zu reüssieren. Andreas Novy, Professor für Sozioökonomie an der WU Wien, sieht eine klare Politisierung und gefährliche Vereinfachung des ohnehin bereits komplexen Problems. Die multifaktorielle Herausforderung und die damit verbundenen Maßnahmen werden von demokratiegefährdenden Kräften als Munition genutzt. „Da wird das Klimathema eingebettet in größere Zusammenhänge, die die demokratische und zivilisatorische Nachhaltigkeit herausfordern.“

„Da wird das Klimathema eingebettet in größere Zusammenhänge, die die demokratische und zivilisatorische Nachhaltigkeit herausfordern.“

Andreas Novy

Kein politisches Kleingeld mit Klimakrise

Mit einer Positionierung gegen „ideologische Klima-Hysterie“ oder der Warnung vor einer Überforderung der Bevölkerung und der Schädigung des Wirtschaftsstandorts appelliert das rechte politische Lager gezielt an die Ängste der Menschen, um diese für ihre politische Agenda zu nutzen. Aber auch die anderen Parteien würden das Thema Klimaschutz nicht immer mit der dringend nötigen Priorität behandeln, findet der Generaldirektor der VBV-Gruppe, Andreas Zakostelsky: „Wichtig wäre, dieses Thema nicht für politisches Kleingeld zu nutzen, sondern den nationalen Schulterschluss zu suchen: Es müssen ja alle einsehen, in welche Richtung die Reise gehen muss.“

Transformation braucht mutige Politik

Blickt man auf die konkreten Ergebnisse der österreichischen Klimapolitik, täuscht der erste Eindruck ein wenig. So lässt sich zwar in den letzten Jahren ein Rückgang der Emissionen beobachten, jedoch spielt dabei der Faktor Rezession eine wichtige Rolle. Nach wie vor ist der Anteil fossiler Brennstoffe und Energieträger hoch. „Ehrgeizige Klimaschutzpläne gibt es, jedoch hinkt die aktive Umsetzung hinterher“, meint Sabine Herlitschka, CEO der Infineon Technologies Austria AG und Vizepräsidentin der Österreichischen Industriellenvereinigung.

„Nur weil man sich ambitionierte Ziele setzt und diese rauf und runter diskutiert, kommt das noch nicht in der realen Welt an.“

Sabine Herlitschka

„Wir zeigen da ganz gerne den erhobenen Zeigefinger, wollen ein Role Model sein. Was grundsätzlich gut ist, aber dann muss man es halt auch zu Ende denken. Nur weil man sich ambitionierte Ziele setzt und diese rauf und runter diskutiert, kommt das noch nicht in der realen Welt an.“ Der Managerin fehlen oftmals die konkreten Maßnahmen aus der Politik, die es dann tatsächlich vom Papier in die Umsetzung schaffen. Auch Monika Langthaler, ehemalige Grünen-Politikerin und Direktorin der Schwarzenegger Climate Initiative, schlägt in diese Kerbe und fordert, dass auf Worte Taten folgen: „Wir haben gescheite Leute in Europa und in diesem Land auch, wir haben tolle Technologien. Wir haben nur keine sehr mutige Politik.“ Die heimische Klimaschutzbilanz 2026 bestätigt diesen Befund (siehe Infobox).

Gut zu wissen!



Einige Wochen nach diesem „VBV im Diskurs“-Gespräch schlug die EU-Kommission tatsächlich eine Abschwächung des sogenannten „Verbrenner-Aus“ vor.

Am 16. Dezember 2025 kündigte sie an, dass die CO₂-Flottenemissionen neuer Autos und Vans ab 2035 nur noch um 90 Prozent statt bislang 100 Prozent sinken sollen – bezogen auf das Basisjahr 2021. Damit könnten nach dem Vorschlag auch über 2035 hinaus neue Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor zugelassen werden. Die verbleibenden Emissionen müssten durch den Einsatz CO₂-armen Stahls aus der EU sowie durch E-Fuels und Biokraftstoffe ausgeglichen werden.

Ein Voranschreiten wäre etwa im Bereich des Individualverkehrs wünschenswert. Aber beispielsweise hinsichtlich des EU-Beschlusses, ab 2035 keine neuen Fahrzeuge mit Verbrennermotoren mehr zuzulassen, hält Österreich beinahe verbissen dagegen. Unter dem Schlagwort der „Technologieoffenheit“ wird für E-Fuels und die weitere Genehmigung von Otto- und Dieselmotoren lobbyiert. Und das trotz der Tatsache, dass diese Form der Fortbewegung in Sachen Energieeffizienz und CO₂-Emissionen deutlich unterlegen ist.

Andreas Novy fasst die politische Situation folgendermaßen zusammen: „Jetzt mit der neuen Bundesregierung sind wir wieder ein Stück weit bei dieser Maßnahmenverzögerungsstrategie.“ Veränderung kostet, das steht außer Frage, aber diese Kosten stehen in keiner Relation zu jenen, die auf uns zukommen, wenn wir nicht in die Zukunft investieren. Ohne Einbußen lässt sich die notwendige Transformation nicht umsetzen, „aber man fürchtet die Kosten der Veränderung“, so Novy, der im Hinblick auf die Klimapolitik einen starken Status quo-Bias konstatiert.

Ähnlich sieht das auch Christoph Badelt, Präsident des Österreichischen Fiskalrates. Ökologiefreundliches Wirtschaften zahlt sich zwar im Hinblick auf Erfolg in der Zukunft aus, jedoch lässt sich dies nicht ohne gewisse Einbußen realisieren. „Es gibt das Element der Verschlechterung einer Wettbewerbsposition gegenüber Unternehmen in Ländern, denen alles egal ist.“ Dieser vorübergehende Nachteil müsse kurzfristig in Kauf genommen werden, um langfristig auf Kurs zu bleiben.

Wirtschafts- und Umweltpolitik muss Transformation befeuern

„Die Lösung kann nur die sein“, so Badelt, „dass man wirtschaftspolitische, umweltpolitische Maßnahmen dazu verwendet, Transformationsprozesse anzuregen. Im Grunde genommen kommen wir nicht darum herum, dass wir in Europa in einer Gesellschaft leben, wo uns bestimmte Umweltbedingungen, bestimmte Sozialbedingungen etwas wert sein müssen.“ Jetzt müssen die notwendigen Investitionen in eine lebenswerte Zukunft getätigt werden. Dafür muss man weg von der Passivität und hin zu mehr Aktion kommen, oder wie die Leiterin des Center for Responsible Management Gabriele Faber-Wiener beschreibt: „Weg von diesem Anpassen an Rahmenbedingungen, sondern wirklich aktiv auseinandersetzen mit Umbrüchen.“

„Ich habe in meiner beruflichen Laufbahn am Anfang gesagt, man muss ökonomisches Denken in das Soziale hineinbringen, und jetzt sage ich: Man muss ökonomisches Denken auch in die Umweltpolitik hineinbringen.“

Christoph Badelt

Nachhaltigkeit als Business Case

Ein wichtiger Hebel bei der Veränderung hin zu einem klimafreundlichen Österreich ist die Wirtschaft, die ebenso wie die Gesellschaft von einer intakten Umwelt abhängig ist. Ohne sie sind sowohl die soziale als auch die ökonomische Stabilität gefährdet. Diese Verkettung betont auch Christoph Badelt: „Provokant formuliert würde ich sagen: Ich habe in meiner beruflichen Laufbahn am Anfang gesagt, man muss ökonomisches Denken in das Soziale hineinbringen, und jetzt sage ich: Man muss ökonomisches Denken auch in die Umweltpolitik hineinbringen.“

Nachhaltigkeit muss sich auszahlen, und das auch im wortwörtlichen Sinn, damit sich für die Wirtschaft die Notwendigkeit umweltfreundlichen Handelns einstellt. „Am Schluss muss Nachhaltigkeit ein Geschäftsmodell sein. Es muss dazu führen, dass Unternehmen damit Gewinne machen. Nur dann wird es für sie nachhaltig sein“, betont Sabine Herlitschka. Sie sieht eine große Chance darin, Nachhaltigkeit als Business Case zu begreifen: „Und wenn wir so eine Marktdynamik schaffen, dann brauchen wir uns auch keine Gedanken darüber zu machen, ob die USA das Erreichen des Klimaziels unterstützen oder nicht. Wenn es gelingt, mit ökologischer Nachhaltigkeit ein Geschäft zu machen, dann werden die USA als Erstes dabei sein.“

In diesem Kontext ist auch die Frage zu stellen, wo Investitionen und Subventionen hinfließen und was damit unterstützt und gesteuert werden soll. Möchte Österreich weiterhin zwar traditionelle, aber umweltschädliche Industrien fördern, oder schlägt man neue Wege ein? „Dass es darauf ankommt, dass man in die richtigen Zukunftsindustrien investiert und diese damit unterstützt“, steht jedenfalls für Andreas Zakostelsky außer Frage. Als hinderliche Elemente sieht Monika Langthaler vor allem die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer:innenvertretungen. „Die Sozialpartner haben sicher historische Verdienste, aber sie bremsen Innovation. Sie bremsen, dass wir weiterkommen, und sie unterstützen vor allem jene Unternehmen, die nicht die grandioseste Zukunft vor sich haben.“

Neue Märkte durch öffentliche Beschaffung

Ein zweifelsohne großer Hebel für die nachhaltige Transformation ist das öffentliche Beschaffungswesen. Dieses macht laut BMLUK (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft) rund 14 Prozent des heimischen Bruttoinlandsprodukts aus. „Man kann die öffentliche Beschaffung dazu verwenden, neue Märkte zu kreieren“, betont Sabine Herlitschka. Sie sieht hier eine Chance, zukunftsfähiges Wirtschaften gezielt zu unterstützen.

Geregelt wird die Vergabe öffentlicher Aufträge durch das Bundesvergabegesetz, das das Bestbieterprinzip stärkt. Demnach bekommt nicht jener Auftragnehmer mit dem billigsten Preis den Zuschlag, sondern jener mit dem besten Angebot, in das unter anderem



Wie sieht Österreichs Klimaschutz-Bilanz für 2026 aus?

Der Climate Change Performance Index (CCPI) ist ein unabhängiger Klimaschutz-Index, der jährlich während der Weltklimakonferenz COP gemeinsam von der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch e.V., dem Klimaschutz-Netzwerk Climate Action Network International und dem Forschungsinstitut NewClimate Institute veröffentlicht wird. Darin werden die Umweltschutzleistungen von 63 Ländern und der EU (Durchschnittswert aller Staaten) verglichen, die für mehr als 90 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind.

Die Bewertung wird von über 450 Klima- und Energieexpert:innen durchgeführt, wobei für Österreich hier Mitwirkende aus den Organisationen Global 2000 und Greenpeace beteiligt sind.

Österreich ist im Bericht für 2026 insgesamt auf Platz 35 gelandet und hat sich im Vergleich zu 2025 um ganze zwölf Plätze verschlechtert. Damit bleibt es auch deutlich hinter dem Wert der EU (Platz 20) zurück.

Die ersten drei Plätze bleiben symbolisch frei, um zu verdeutlichen, dass keines der Länder genug Maßnahmen gesetzt hat, um die Erderwärmung deutlich unter 2 °C zu halten. Spitzenreiter im Gesamtvergleich ist Dänemark auf Platz vier, das besonders in der Kategorie erneuerbare Energien durch den Top-Score „Very High“ hervorsteht.

Die verglichenen Elemente umfassen Treibhausgas-Emissionen, den Ausbau erneuerbarer Energieträger, politische Rahmenbedingungen sowie den ENERGIEVERBRAUCH und werden nach einem Punktesystem bewertet (Scores: Very High, High, Medium, Low, Very Low). Während Österreich im Vorjahr noch in den meisten Kategorien im Mittelfeld lag und nur beim Energieverbrauch mit „Very Low“ abgeschnitten hat, sind für das Jahr 2026 deutliche Performance-Verschlechterungen zu beobachten. Lediglich bei den erneuerbaren Energien („Medium“) und dem Energieverbrauch („Very Low“) blieb der Score stabil, wohingegen es in der Kategorie Emissionen zu „Low“ abgerutscht

ist. Besonders drastisch ist der Abstieg bei der Klimapolitik, denn hier hat sich Österreich um ganze 30 Plätze verschlechtert und rutscht von „Medium“ zu „Low“.

Die CCPI-Expert:innen üben besonders Kritik an den Rückschritten der neuen Regierung in der österreichischen Klimapolitik und dabei unter anderem an den hohen Einsparungen beim Klima- und Umweltbudget. Weiters moniert wird die Abschaffung des Klimabonus, wodurch die Kompensation der CO₂-Besteuerung wegfällt und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt. Ebenfalls negativ bewertet werden die fehlende Zustimmung zur Elektromobilität und das Nutzen von Begriffen wie „technologische Offenheit“, da dadurch der Ausstieg aus den Verbrennungsmotoren verlangsamt wird. Zudem gibt es neue Erschließungsprojekte für fossile Brennstoffe und keine politischen Bestrebungen, diese zu beenden.

Positiv hervorgehoben werden das KlimaTicket, das die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel fördert, wengleich auch auf die lückenhafte Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs in den ländlichen Gebieten hingewiesen wird, und der Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Forderungen an Österreich sind klar: konkrete Gesetze, um die Erschließung fossiler Lagerstätten zu beenden, sowie ein starkes nationales Klimagesetz.

Blickt man nach Dänemark, lässt sich der Erfolg in erster Linie auf ambitionierte politische Vorgaben zurückführen. So ist das Land auf Kurs, das angestrebte Ziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 70 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990 zu erreichen. Im Energiesektor wird besonders die Führung im Bereich Offshore-Wind betont und im privaten Verkehr lässt sich ein erhöhter Umstieg auf Elektrofahrzeuge beobachten.

Zudem strebt Dänemark die Klimaneutralität bis 2045 an – und damit fünf Jahre eher als die EU.

Quellen:

Jan Burck et al.: Climate Change Performance Index 2026: Results,
<https://ccpi.org/download/climate-change-performance-index-2026/>
<https://ccpi.org/country/aut/>
<https://www.wto-ilibrary.org/content/books/9789287076717/read>

auch Innovations-, Umwelt- und Sozialaspekte einfließen. Unternehmen, die gemäß den CSR-Bestimmungen verantwortungsvoll mit ihren Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt umgehen, können sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil sichern. Dieser Hebel könnte demnach ökonomisch und dadurch auch ökologisch positiv wirken.

Politische Nachhaltigkeit gefordert

In puncto Nachhaltigkeit war Österreich lange Zeit ein Vorreiter. Viele Unternehmen gehören in Bereichen wie erneuerbarer Energie, Kreislaufwirtschaft oder Bio-Landwirtschaft zu den Branchenführern und Innovatoren. Mit einer übervorsichtigen Politik, die das Besitzstandsdenken der Zukunftsgestaltung vorzieht, sind wir allerdings drauf und dran, diese Position zu verlieren.

Vom Reden zum Handeln

Die wirksame Steuerung von langfristigen ökologischen und sozialen Auswirkungen von Wirtschaft und Gesellschaft bräuchte eine deutlich mutigere und konsequentere Umsetzung, sowohl auf heimischer als auch auf europäischer Ebene. Oder wie Monika Langthaler das formuliert:

„Wir haben tolle Technologien, aber keine mutigen Politiker. Man sollte mehr machen und weniger reden.“

Monika Langthaler

„Wir haben tolle Technologien, aber keine mutigen Politiker. Man sollte mehr machen und weniger reden.“ Als Beispiel führt sie die Automobilindustrie an, wo die Politik ihrer Ansicht nach „total versagt hat“. China hat die E-Mobilität in den letzten Jahren strategisch ausgebaut, während Europa versucht, den Bestand an Verbrenner-Industrie zu beschützen. Mit dem Ergebnis, dass neue Patente, führende E-Auto-Hersteller und ein Großteil der Batterieproduktion nun in China verortet sind. Das Reich der Mitte hat auch im Bereich der erneuerbaren Energie und entsprechender Innovationen enorm investiert.

Sabine Herlitschka ist überzeugt davon, dass auch ein demokratisches System in der Lage ist „größer zu denken. Nicht nur China kann das!“ Und für Andreas Novy ist genau das der Knackpunkt: „Können

wir wieder handlungsfähige Planung und politische Gestaltung in einem demokratischen Setting umsetzen? Das ist eine zentrale Frage für unsere Nachhaltigkeit in allen ihren Dimensionen und auch eine wirkliche Existenzfrage für die Demokratie.“

Druck auf Parteien erhöhen

Andreas Zakostelsky, selbst mehrere Jahre als Nationalratsabgeordneter politisch tätig, spricht da gerne vom Begriff der „politischen Nachhaltigkeit“. Politik ist seiner Ansicht nach zu sehr geprägt vom kurzfristigen Denken, was langfristiger strategischer Entwicklung von Themenfeldern widerspricht. „Und vielleicht muss da die Zivilgesellschaft – wir alle miteinander – auf die Parteien ein bisschen mehr Druck ausüben, jenseits der klassischen Wahlperioden zu denken.“

„ Und vielleicht muss da die Zivilgesellschaft – wir alle miteinander – auf die Parteien ein bisschen mehr Druck ausüben, jenseits der klassischen Wahlperioden zu denken. “

Andreas Zakostelsky

Wie das funktionieren kann, hat die „Fridays for Future“ Bewegung recht eindrücklich gezeigt. Da wurde sehr rasch eine große, internationale Dynamik erzeugt. „Da kam aus der Zivilgesellschaft eine wirkliche Aufbruchstimmung“, betont Andreas Novy, „und wir sollten uns daran erinnern, wie schnell das entstehen kann.“

Die notwendige Transformation, so Zakostelsky, „benötigt Veränderung und mutiges Voranschreiten.“ Den „erhobenen Zeigefinger“ sollten sowohl Österreich als auch die EU in ihrer Gesamtheit wegpacken. Jetzt geht es darum, alternative Wege aufzuzeigen und zu beschreiten und dem Relativieren und Verunglimpfen der Klimapolitik entgegenzuwirken. Die Erderwärmung zu stoppen ist weder ideologiegetrieben noch hysterisch. Das ist ganz einfach eine Frage des Überlebens. ●



Ihre Vorsorge
im grünen Bereich.

Eine Kasse für sich.

Und der beste Service für dich.

www.vbv.at

Nachhaltigkeit & CSR bei der VBV-Gruppe:

Nachhaltiges Vorsorgen für Menschen, Umwelt und Gesellschaft

Die VBV-Gruppe ist Österreichs führende Anbieterin für betriebliche Zusatzpensionen und die Abfertigung NEU. Nachhaltigkeit ist dabei kein Trend, sondern strategische Kernaufgabe und Differenzierungsmerkmal seit über 20 Jahren. Als marktführendes Vorsorge- und Finanzunternehmen versteht die VBV Nachhaltigkeit als Beitrag zu sozialem Zusammenhalt, klimaverträglicher Wirtschaftsentwicklung und langfristiger Lebensqualität für heutige und künftige Generationen.

Verankerung von Nachhaltigkeit in der Unternehmensstrategie

Die CSR-Vision der VBV betont ihre Rolle als Vordenkerin im Klimaschutz und Unterstützerin bei der Lebensqualität im Alter. Nachhaltigkeit wirkt an zwei entscheidenden Punkten:

- durch ESG-orientierte Veranlagungen des Vorsorgekapitals, das negative Wirkungen minimiert und positive Gestaltungsbeiträge maximiert;
- durch das Kerngeschäft selbst, indem veranlagtes Kapital zur Sicherung des Lebensstandards im Alter beiträgt.

Die strategische Ausrichtung folgt klar definierten Nachhaltigkeitszielen wie der Sicherung der Lebensstandards über Generationen, dem aktiven Klimaschutz, der Förderung nachhaltiger Infrastruktur und bezahlbarer Energie, Gesundheit sowie einem wettbewerbsfähigen Standort Österreich.

Umfangreiche Nachhaltigkeitsorganisation & Governance

Nachhaltigkeit ist bei der VBV institutionell verankert: Es gibt ein Sustainability Board, Sustainability-Committee sowie ein Sustainable Finance Committee. Diese Gremien steuern strategische Ziele, überwachen die Umsetzung der Nachhaltigkeitsprogramme und integrieren Stakeholder-Perspektiven in Entscheidungen. Alle Mitarbeiter:innen werden in die kontinuierliche Verbesserung eingebunden.

Diese Struktur gewährleistet, dass Nachhaltigkeit nicht isoliert betrachtet, sondern in das Management aller wesentlichen Unternehmensprozesse integriert wird.

Handlungsfelder der Nachhaltigkeitsarbeit

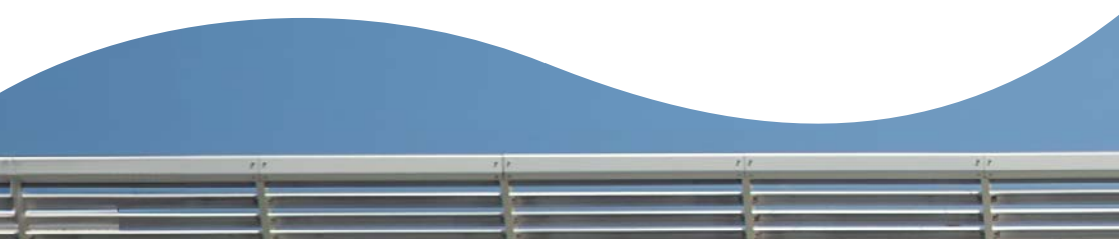
Umwelt & Klima

Die VBV betreibt seit vielen Jahren ein zertifiziertes Umwelt- und Klimamanagement – als erstes Unternehmen in der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich mit einem einheitlichen System nach ISO 14001:2015 und EMAS (Eco-Management and Audit Scheme). Dieses System stellt Transparenz und kontinuierliche Verbesserung sicher und wird durch eine regelmäßig veröffentlichte Umwelterklärung ergänzt.

Das Umweltmanagement zielt auf die umfassende Erfassung, Bewertung und Minimierung von Umweltauswirkungen – sowohl im operativen Geschäft als auch im Investmentprozess. Der Klimaschutz ist dabei ein zentraler Baustein.

Nachhaltige Veranlagung

Das Kerngeschäft der VBV ist die Veranlagung von Vorsorgekapital mit verantwortungsbewussten Kriterien. Bereits im Due-Diligence-Prozess werden ESG-Kriterien bei Fondsmanager und Kapitalanlagegesellschaften berücksichtigt. Ziel ist es, Investments an internationalen Nachhaltigkeitsstandards und dem Pariser Klimaziel auszurichten. Die VBV ist außerdem mit ihrer Pensions- und Vorsorgekasse Gründungsmitglied der Green Finance Alliance, die sich der klimaneutralen Ausrichtung des Finanzsektors bis 2050 verpflichtet hat.



Soziales & Mitarbeitende

Die VBV fördert faire Arbeitsbedingungen, Chancengerechtigkeit, Gesundheitsmaßnahmen und kontinuierliche Weiterbildung. Ziel ist ein inklusives Arbeitsumfeld, das Vielfalt anerkennt und alle Talente unterstützt. Initiativen zur Barrierefreiheit und Diversitymaßnahmen sind Beispiele für das erweiterte soziale Engagement.

Wirtschaft & Ethik

Wirtschaftlicher Erfolg wird bei der VBV mit ökologischer und sozialer Verantwortung verknüpft: Regionale und nachhaltige Beschaffung stärkt lokale Wertschöpfung, Risiken werden durch strenge Kriterien in Lieferkette und Serviceauswahl minimiert. Diversity- und Vergütungsanalysen gehören ebenfalls zur wirtschaftlichen Verantwortung.

Fazit: Nachhaltigkeit als Unternehmens-DNA

Bei der VBV ist Nachhaltigkeit integraler Bestandteil der Unternehmens-DNA. Durch ein ganzheitliches ESG-Rahmenwerk, eine robuste Governance-Struktur und eine transparente Berichterstattung verbindet das Unternehmen wirtschaftlichen Erfolg mit gesellschaftlichem Nutzen. Nachhaltigkeit wirkt dabei nicht nur im Investmentprozess, sondern in der gesamten Organisation – von Mitarbeitenden über Produkte bis hin zu externen Partnerschaften.



Herausgeber

KR Mag. Andreas Zakostelsky

VBV-Gruppe

Andreas Zakostelsky ist Vorstandsvorsitzender der VBV-Vorsorgekasse und Generaldirektor der VBV-Gruppe. Er ist zudem seit vielen Jahren in der Wirtschaftskammer engagiert als Obmann des Fachverbandes der Pensions- und Vorsorgekassen. Zudem war er einige Jahre Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat. Mit Umweltschutz hat er sich schon im Rahmen seiner Diplomarbeit befasst. Er kennt daher sowohl die Sichtweise der Wirtschaft als auch die der Politik und der Ökologie.

Co-Herausgeberin

Hon. Prof. (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA

Center for Responsible Management

Gabriele Faber-Wiener ist Leiterin des „Center for Responsible Management“ und eine der führenden CSR- und Kommunikationsexpertinnen im deutschsprachigen Raum. Sie verfügt über Studienabschlüsse in Business-Ethik und Responsible Management sowie Public Relations. Sie ist Universitätsdozentin und Vortragende an zahlreichen Universitäten und Studiengängen sowie Buchautorin zu den Themen Responsible Management und Responsible Communication. Die ehemalige Kommunikationschefin von Ärzte ohne Grenzen ist zudem seit über 10 Jahren Mitglied des österreichischen PR-Ethik-Rats und Juryvorsitzende des TRIGOS, Österreichs höchster Auszeichnung für CSR und Nachhaltigkeit.

Impressum

Eigentümer und Verleger

VBV - Betriebliche Altersvorsorge AG
Obere Donaustraße 49-53, 1020 Wien
Tel.: +43 (0)1 / 240 10-0
E-Mail: office@vbv.at
Website: www.vbv.at
Firmenbuchnummer: 279897 p,
Handelsgericht Wien

Herausgeber

KR Mag. Andreas Zakostelsky
VBV-Gruppe

Co-Herausgeberin

Hon. Prof. (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA
Center for Responsible Management

Leitung Gesamtprojekt

FH-Hon.Prof. Mag. Rudolf Greinix, MBA
Leitung Marketing & Öffentlichkeitsarbeit
VBV-Gruppe

Redaktionelle Gestaltung der Berichte

Mag. Rita Starkl, MSc
RIM Management KG

Produktion

Gestaltung, Satz, PPM
Silvia Binder, VBV-Gruppe

Druck

Druckerei Bösmüller
Print Management GesmbH & Co. KG
Josef-Sandhofer-Straße 3
2000 Stockerau
Tel.: 02266/681 80
office@boesmueller.at
www.boesmueller.at

Papier

Nautilus Superwhite 250g/120g
FSC Recycled

Grafiken

stock.adobe.com
istockphoto.com
Silvia Binder

Fotos

DI Dr. Hildegard Aichberger, MBA

© Umweltbundesamt / Bernhard Gröger

DI Wolfgang Anzengruber

© Klaus Vyhnalek Fotografie

Mag. Michaela Attermeyer, CPM

© VBV / Richard Tanzer

em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

© Fiskalrat

Mag. Gisela Elsner

© Gisela Elsner

Hon. Prof. (FH) Gabriele Faber-Wiener, MBA

© Christian Husar

Dr. Peter Griehsnig

© AT&S / Julia Trampusch

Mag. Gerhard Hanke

© Daniel Hinterramskogler/Wienerberger AG

DI Dr. Sabine Herlitschka

© Infineon Austria

Ing. Monika Langthaler, MSc

© The Schwarzenegger Climate Initiative

DI Ralf Mittermayr

© Michael Königshofer

ao.Univ.Prof. Dr. Andreas Woy

© WU Wien

DI Walter Oblin

© Post AG

Univ.Prof. Dr. Sigrid Stagl

© Lukas Pelz

DI Richard Stralz

© marjakanizaj

Mag. Andreas Zakostelsky

© VBV/Richard Tanzer

VBV-Bürogebäude (S. 61)

© VBV/Erick Knight



www.vbv.at